

für Halle vierteljährlich 2,50 M. bei
postamtlicher Zahlung 2,75 M. durch
die Post 3,25 M., unentgeltlich Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
sind unterlagene eingetragene Nummern
für keine Gebühr übernommen.
Abdruck nur mit Genehmigung:
„Saale-Z.“ gestattet.

Verantwortl. der Zeitung Nr. 2252; der
Redaktion Nr. 2252; Geschäftsstelle Nr. 176;
Abendausgabe (Mittw. 24) Nr. 2262.

Saale-Zeitung.

Abendausgabe

werden die Spaltenpreise der dritten
Spalte mit 30 Pfg., solche auf der vierten
mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Resten die Zeit 75 Pfg.

Ercheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

Verwaltung und Druck-Verwaltung:
Halle, Dr. Brandenburgerstr. 17;
Abendausgabe: Markt 24.

Nr. 519.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 23. November

1904.

Die Reichstagsersatzwahl in Schwerin-Wismar.

Aus dem Wahlkreis Schwerin-Wismar, wo an diesem
Mittwoch die Reichstagsersatzwahl für den konser-
vativen Regierungsrat Dr. Döbner stattfand, dessen Wahl
für unzulässig erklärt worden ist, wird uns geschrieben:

Der Wahlkampf ist von allen Parteien mit einer dem
stillen Medienkampf ganz unbekanntem Heftigkeit geführt
worden. Die armen Wähler in Stadt und Land sind in
den letzten Wochen geradezu in einer Flut von Reden
ertränkt worden. Die Liberalen waren tätig wie nie; die
Sozialdemokraten schickten einen Parlamentarier nach dem
andern ins Wodertreffen. Wedel sprach mehrere Male
und der Bund der Landwirte hatte dem konservativen Kan-
didaten eine ganze Schar seiner Agitatoren zur Verfügung
gestellt. Dr. Döbner und Antritt hielten selbst Verammlun-
gen über Versammlungen ab, und auch Büling sprach
in den Hauptstädten des Wahlkreises.

Interessant war die Stellungnahme des konservativen
Kandidaten zum Bund der Landwirte. Dr. Döbner erklärte,
sein Mitglied des Bundes zu sein, auch wollte er von den
„extremen“ Forderungen des Bundes nichts wissen; die
Bundesredner verhielten in ihren Redenungen aber die
„extremen“ Forderungen und empfahlen Dr. Döbner als
Kandidaten des Bundes. Dr. Döbner hielt Reden,
die ganz mit liberalen Forderungen und Anschauungen
durchsetzt waren; u. a. trat er für die Aufstellung des großen
Grundbesitzes ein. Er erklärte, „auf dem linken Flügel der
Konservativen zu stehen, von wo aus er den rechtsstehenden
National Liberalen die Hand reichen könne“. Trotz der
gerade wegen dieser Bemerkungen, in so vielerlei Farben
schillernder Haltung hat Dr. Döbner, der im Gegensatz zu
dem in dieser Hinsicht noch vielstimmiger und vielgewandter
Dr. Döbner kein glücklicher Redner ist, keinen allzu günstigen
Eindruck auf die Wähler gemacht. Dr. Döbner hatte mit
dieser Agitationsmethode Erfolg. Dr. Döbner ist aber kein
Dr. Döbner, auch nach Ansicht der Konservativen. Die
letzteren haben selber auch sehr wenig Vertrauen zu einem
Erfolge. Dr. Döbner war im vorigen Jahre mit nur
28 Stimmen Vorprüfung vor Büling in die Stichwahl
 gelangt.

Wahlchancen sind diesmal entschieden
günstiger. Gegen ihn wurde von den Bundesrednern,
denen sich auch der für Landwirt und Mittelstand requirier-
te konservative Abgeordnete Wiedemann, Kandidat
anschlöß, in höchster Weise verächtlich gefaßt. Durch eine
ganz besonders gehässige und niedrige Konart in der persön-
lichen Herabsetzung des liberalen Kandidaten zeichneten sich
aber, wie auch früher schon, die konservativ agrarischen
„Meck. Nachr.“, das Sprachrohr des konservativ-bünde-
rischen Wahlmannes Herrn von Bergen, aus. Wie die
Büling am 23. d. Mts. fallen, läßt sich natürlich nicht
voraussetzen. Es wird nach neuen Wählerlisten gewähl-
t auf dem platten Lande sind jetzt im Winter die Arbeiter-
verhältnisse andere wie im Sommer — all das sind
Faktoren, die in ihren Wirkungen ebenso unberechenbar sind wie
der konservative Kandidatenwechsel. Die Sozialdemokraten
machen sich große Hoffnungen, im ersten Wahlgange zu
siegen, das aber ist sehr unwahrscheinlich, denn sie blieben
im vorigen Jahre um ca. 300 Stimmen hinter den beiden
bürgerlichen Parteien zurück. Die allgemeine Ansicht ist,
daß Büling mit dem Sozialdemokraten Antritt in die
Stichwahl und dann zum Siege kommt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser ist gestern um 6 Uhr abends in Groß-
Strecklich eingetroffen und am Bahnhof vom Grafen
Friedrichs-Mendel empfangen worden. Er fuhr in Begleitung
des Grafen durch die festlich geschmückte und durch Magnesium-
lichter beleuchteten Straßen, überall jubelnd begrüßt, nach dem
Schloß.
— König Heinrich von Preußen hat sich nach Darm-
stadt begeben, wo er bis Mitte Dezember zu bleiben gedenkt.
— Prinzessin Gleborova von Sibirien-Hohenstolms-
Lich, die Braut des Großherzogs von Hessen, befiel, was nicht
allgemein bekannt sein dürfte, die fälschliche Rettungsa-
bende, die bei den Verheirateten worden ist, weil sie vor einigen
Tagen zu Dresden die wildgewordenen Weide eines berrückten
Hirten wegen zum Stehen brachte und durch diese mutige Tat
das Leben einer Dame aus letzterer Gefahr rettete.

Deutsch-Österreichische.

Eine Dreizehntage.

General v. Trojitz meldet unter dem 21. d. M. aus Widdich:
Militärisch hat von eingetragener Abteilung Ostoff die 5. und
7. Kompanie mit 4. Batterie unter Major Heyde losgelassen und
dort die Befehlsführung von Ötze, Dvorkane und
Kotzke fast in Vertretung. Inbrüche in der Gegend auf-
strebende Wunden modifiziert Abwehrung durch zwei hintereinander-
liegende Wunden wünschenswert.

Der Dampfer „Gerard Werkmann“.

Nach einem bei der Hebezeit in Hamburg eingegangenen Tele-
gramm aus Southampton ist die gesamte Mannschaft der
„Gerard Werkmann“ gerettet worden, die am Bord be-
findlichen Pferde alle an der Strandungsstelle mit Hülfe
gelandet. Es werden Verwunde gemacht, die Landung und das
Inventar des Schiffes zu bergen.

Transporttransport nach Ostpreußen.

Mit dem Eisenbahntransport „Prof. Dr. Werkmann“
ging Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr ein neuer Transporttransport

von Hamburg nach Ostpreußen ab, bestehend aus 23
Waggons, 888 Mann und Artilleriematerial. Die Ver-
schiebung der Truppen am Ost erfolgte in der üblichen
feierlichen Weise. Der kommandierende General von Wod
und Wladisch richtete herzliche Glückwünsche an die Truppen,
schickte mit einem Hoch auf den Kaiser und verabschiedete
folgendes Telegramm des Kaisers an Ost: „Ich er-
freue mich, daß am 22. d. M. unter ein Transporttrans-
port von Hamburg abfährt, wäre ich Ihnen sehr dankbar,
wenn Sie den Truppen Offizieren und den Truppen Meine
Segenswünsche mitteilen möchten. Gott behüte sie; möge das
Gebet dazu beitragen, daß sie glücklich in die Heimat zurück-
kehren.“ Auguste Ostpreußen. Eine zahlreiche Aufnahmecom-
mission unter lebhaften Glückwünschungen für die Truppen
der Abfahrt bet.

Parlamentarisches.

Die freisinnige Volkspartei hat in ihrer gestrigen
Präsidiumsitzung beschlossen, die geplanten Interpellationen an
den Reichstag zu verschieben, bis die Reichstagssitzung am
17. November 1904 an die Tagesordnung der Reichstagssitzung
eingetragen wird. Die Einbringung der Schutzinterpellation, der sich auch die
freisinnige Vereinigung angeschlossen hat, ist dem
nach bereits gestern mittag erfolgt. Die Interpellation
lautet:

1. Aus welchen Gründen läßt die kaiserliche Staatsregierung
die Verfügung des Herrn Reichstages der freisinnigen, Unter-
stützung und Wechselseitigkeit vom 17. November 1904
an die sämtlichen Regierungen, nach welcher die Vererbung
oder Übertragung der Elemente an Verträge durch die
Gemeinden zu anderen Zwecken als zu denen des öffentlichen
Elementarunterrichts der vorgängigen Genehmigung der Schin-
ausführungsbehörde befreit, mit den bestehenden Gesetzen und ins-
besondere mit dem Gesetz über die Vererbung für die Gemeinden
sich ergebenden Befugnissen für vereinbar?

2. Das Provinzialratkollegium zu Berlin
hat mittels einer Beschlusse vom 4. Oktober 1904 Resolutionen
der sämtlichen Gemeindevorstände zu Berlin unmittelbar aus-
gegeben, zu erklären und in Berlin zu erklären, daß die
bestimmten dieser Resolutionen des Magistrats zu Berlin die
Vererbung dieser Röhre gestattet war, geschlossen zu
halten und den Mitgliedern dieser Vereine den Eintritt zu
verweigern.

Sich die kaiserliche Staatsregierung diese mit Abhebung
des Magistrats und der Resolutionen betreffend die Vererbung
in Berlin an die diesen Behörden unterstellten Direktoren un-
mittelbar erlassene Verfügung materiell und der Form
nach mit den Rechten der Gemeinden für vereinbar?

— Mehr die nächsten Geschäftsbekanntmachungen des
Abgeordnetenhauses wird mitgeteilt, daß am Donnerstag
dieser Woche die Sitzung des Reichstages betreffend die Ein-
führung einer Bundeskommission zur Bekämpfung des in dem
Alkoholverbrauch und seiner Begleiterscheinungen auf die
Tagesordnung gesetzt werden soll. Am Ende der Woche soll
dann noch die zweite und dritte Beratung des Gesetzesent-
wurfs betreffend Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-
Besch. und des Vor- und Rückläufe an der oberen und
mittleren Oder erfolgen. Die erste Sitzung der Ober-
vorlage soll Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Parteinachrichten.

— Aus Berlin wird uns unterm 21. Nov. gemeldet: Der
Reichstagsabgeordnete der freisinnigen Partei Herr v. Kretz-
schmarbeck sprach vor etwa zwei Tagen in Burg vor einer von weit
über 500 Personen besetzten Versammlung. Woher tagte eine
Versammlung von Vertretern des Handwerks und der Zünfte
der Stadt Burg, zu welcher der Kandidat der freisinnigen
Partei Herr v. Kretzschmarbeck als der obersten und
wertvollsten gab die Erklärung ab, die Handwerker von Burg
sollen nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß gekommen,
sich von den Gewerkschaften in der Handwerker-Bundes-
versammlung, nach welchen ihnen zugewendet wird, für den
Konservativen oder Antikonservativen zu stimmen, loszulassen und
ihren Willkürlichen, unzulässigen, selbst zu überlassen, ob sie
für den nationalliberalen Herrn von Wald, oder Herrn v. Kretz-
schmarbeck wollen. Von diesem Beschluß ist dem Bundesvorsitzenden
mittels telegraphischer Mitteilung gemeldet worden. — Heute
abend sprach hierüber vor gutbesuchter Versammlung im
Nicolaischen Saale Reichstagsabgeordneter Kopitz-Berlin.

— Ein Düringener Parteitag der Freisinnigen
Volkspartei ist auf Sonntag, den 11. Dezember, nach Göttingen
abberufen worden.

Politisches.

— In der „Nationalzeitung“ erklärt Herr Chefredakteur
Arthur Ditz, daß er sich nunmehr veranlaßt sehe, Herrn
Gardner Gelegenheit zu geben, die Behauptung der Beweise
für seine bekannten Angriffe in der „Nationalzeitung“ zu
entkräften. In bezuglichen Dingen der „Nationalzeitung“
sind die Meldungen des Geheimrats v. Wald als die Gewähr-
leistung der Antirepublikanischen Nationalregierung oder einzelne
Teile derselben fälschlich erworben worden, als auf müßiger
Kombination beruhend bezeichnet.

Wirtschaftliches.

— In Anbetracht der Notlage der Spiritusindustrie
und der eingetretenen Verwertung der Kartoffeln beschloß die
Handelskammer in Hannover zusammen mit der Handelskammer
Hildesheim, an die Reichsregierung eine Eingabe zu richten,
die lautet: „Das Verneinen von Wald durch ein Dö-
geseß freizugeben. Es soll dadurch rechtlich der drohenden
Epirituskrise entgegengetreten und ein weiteres Steigen der
Epiritus- und Kartoffelpreise verhindert werden.“

See- und Fluß.

— Kaiserliche Marine. „Gaula“ ist mit dem 2. Admiral des
Kreuzergeschwaders am 22. Nov. in Gisingen am Danne ein-
getroffen und geht am 25. Nov. von dort nach Rostock. Ein
ist am 22. Nov. in Göttingen eingetroffen und geht am 14. Dez.
von dort nach Rostock. „Gaula“ ist am 20. Nov. von
Wolpoggen zum Strandungsstelle des Dampfers „Gerard
Werkmann“ zur Hilfeleistung abgegangen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

101. Sitzung vom 22. Nov. 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Schönstedt, Freiherr v. Helldorf.
Am der Tagesordnung liegt zunächst die zweite Beratung des
Gesetzesentwurfs betreffend die Errichtung eines Ober-
Landesgerichts in Düsseldorf. Die Kommission beantragt
den Entwurf anzunehmen und nur in § 2 einen beim
Oberlandesgericht Namen zu heben.
Abg. Dollfuß (kon.) bittet, der Vorlage zuzustimmen und
erklärt, daß die Mehrheit seiner Freunde die Vorlage an-
nehmen werden.
Abg. Weyden (St.) bemerkt, der langsam Gang der Prozes-
sierung in Köln könne durch Veränderung der Geschäftsordnung
verhindert werden. Das Grundübel liegt in der unzureichenden
Zahl der Richter. Die Neuerung ist überflüssig. Außen
liege es im Interesse der Allgemeinheit, daß jede Provinz nur
ein Oberlandesgericht habe; und darum bitte er die Vorlage
abzuweisen.
Abg. Weyden (St.) erklärt, daß er sich nicht für einen Teil
der Konstanten den Ausführungen des Abg. Weyden an, wo-
gegen

Abg. Weyden (St.) im Namen einer Minorität des Zentrums
für die Vorlage eintritt.
Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Weyden (St.) und
Zentrum (St.) wird die Vorlage abgelehnt und § 1 (Er-
richtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf) genehmigt,
ebenso § 2, der die Bezirke des Düsseldorf Oberlandesgerichts
abgrenzt, nachdem Abg. Weyden (St.) über großer Mehrheit
verurteilt hat, aber den bereits genehmigten § 1 zu ändern.
In § 3, nach welchem der Provinz für die Provinzialver-
waltung die förmliche Bewerdung bestimmt werden soll, beantragt
Abg. Zumborn (St.), das Gesetz freizugeben mit dem 1. De-
zember 1907 in Kraft treten zu lassen, um den Lebergang zu
erleichtern.
Zustimmender Dr. Schönstedt erklärt, aus staatsrechtlichen
und technischen Gründen könne das neue Oberlandesgericht frühestens
am 1. Juli 1908 in Kraft treten, und diese Zeit werde für den
Lebergang genügen.
Abg. Zumborn mobilisiert hierauf seinen Antrag dahin, daß
er das Datum auf den 1. Oktober 1906 lege.
Der Justizminister bittet wegen unter allgemeiner Beifall
des Hauses den Termin wegen der Geschäftsverteilung am
16. Juli 1908 anzusetzen.
Abg. Zumborn folgt dieser Anregung und bittet unter all-
gemeiner Beifall des Hauses um einstimmige Annahme seines
Antrages.
§ 3 des Gesetzes wird nach dem modifizierten Antrage Zumborn
in der Sitzung angenommen, daß das Gesetz am 16. Sep-
tember 1906 in Kraft tritt.
Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Mehrere Vorlagen und
Petitionen.)

Ausland.

Der Krieg in Ostasien.

Ein Erfolg des Japans beruht den Staatskanzler Azejevo in
den Reichstag und ermahnt ihn zum Wagnis des Militärs
fortzusetzen.
Japanische Bundesgesetze.
Viele Mängel haben sich den Chinesen angeschlossen. In
der Nähe von Himmintin operiert eine aus 1500 Mann be-
stehende Bande; sie besetzen ihren Sold von den Japanern
und werden von japanischen Offizieren beschützt; ihre Nebenfälle
sind hauptsächlich auf Karawanen gerichtet.
Die Engländer haben sich bei der Verhaftung
Nachdem die bürgerlichen Anführer des russischen Corps-
führer „Proletariat“ die Bewegung des Bolschewismus zur Republikan-
gesellschaft hoch unterworfen haben, wird eine private Bewegung-
gesellschaft das Hinterfeld durch zwei Bergungsdampfer heben
und die Auslieferung der beschlagnahmten Schiffe durch Taucher
anschießen lassen. Das russische Geschwader bleibt bis nach be-
endeter Reparatur bei Sagen vor Anker liegen.

Japan und Amerika.

Die amerikanische Arbeiterföderation in San Francisco hat
einstimmig eine Resolution an den Senat der Vereinigten
Staaten und den Präsidenten angenommen. Es wurde ferner be-
schlossen, den übrigen Arbeiterorganisationen eine Petition, die
dem Kongress in Washington überreicht werden soll und in der
um die Einlösung eines russischen Schiffes gebeten wird, zugehen zu lassen.

Die zweite Sanger Konferenz.

Der amerikanische Staatssekretär hat bei der Mitteilung er-
halten, daß Schweden und Norwegen sowie Mexiko an der
zweiten Sanger Konferenz teilnehmen werden. In der Mit-
teilung, welche die schwedisch-norwegische Regierung an Staats-
sekretär hat betreffend die Teilnahme an der zweiten Sanger
Konferenz gelangen ließ, heißt es, sie sei dem Präsidenten

